



Protokoll

Datum:

22. August 2017

Für:

Mitglieder der Cocosol sowie weitere
Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender
Auflistung

Protokoll der 3. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 22. August 2017

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident; Bundesamt für Justiz / FSZM
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Vizepräsidentin der schweiz. Archivdirektorinnen- und - direktorenkonferenz ADK
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption- Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss SH
Entschuldigt:	Christian Raetz	Leiter des « bureau cantonal de médiation VD »
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Iris Widmer	Bundesamt für Justiz/ Stv. Leiterin Fachbereich FSZM (bis Mittag)
Protokoll:	Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3 Der **Präsident** begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur heutigen Sitzung.
4 Abmelden für die heutige Sitzung musste sich Herr Raetz wegen einer anderweitigen,
5 unvorhergesehenen Sitzung, an der er teilnehmen muss. Die Sitzungsunterlagen sollten
6 alle Mitglieder vor ca. 10 Tagen erhalten haben. Diese Frist sollte ausreichend sein,
7 damit alle Sitzungsteilnehmer genügend Zeit haben, die Unterlagen zu studieren und ggf.
8 Fragen an den Fachbereich zu stellen.
9

10
11 **2. Stand der eingegangenen Gesuche/Todesfälle**

12 Bis heute sind 2984 Gesuche beim BJ eingegangen. Sie stammen aus allen
13 Sprachregionen. Die Medienkonferenz vom 6. Juli 2017 hat sich in Bezug auf die
14 Gesuchseingänge positiv ausgewirkt; es ist eine deutliche Zunahme verzeichnen. Der
15 **Präsident** macht klar, dass es nicht oberstes Ziel sei, am Ende der Einreichfrist eine
16 möglichst hohe Zahl an Gesuchseingängen haben. Vielmehr sei das Ziel, die
17 Informationen möglichst lückenlos an alle Personen heranzutragen, die Opfer im Sinne
18 des Gesetzes sind. Möglichst alle sollen wissen, dass das neue Gesetz jetzt in Kraft
19 getreten ist und sie jetzt die Möglichkeit haben, dass sie ein Gesuch ausfüllen und
20 einreichen können. Ob diese Personen es dann tatsächlich tun, sei ihr persönlicher
21 Entscheid. Und falls sich bestimmte Personen in Kenntnis der Sachlage gegen eine
22 Gesuchseinreichung entscheiden, sei dies zu respektieren.
23

24 Dabei sei sehr wichtig, dass den Betroffenen unbegründete Ängste genommen und
25 Missverständnisse ausgeräumt werden könnten, wie etwa die unzutreffende Annahme,
26 dass Opfer in jedem Fall zwingend Akten liefern müssten, um einen Solidaritätsbeitrag zu
27 erhalten. Es sei wichtig, diesen Personen klarzumachen, dass eine bloss
28 Glaubhaftmachung der Opfereigenschaft genüge und dass kein strikter Beweis im
29 Rechtssinne nötig sei. Aufgrund seiner Wahrnehmungen müsse dies den Betroffenen
30 immer wieder klargemacht und bestätigt werden.
31

32 Der **Präsident** teilt mit, dass bisher 19 Todesfälle zu verzeichnen seien. Die meisten
33 dieser Personen, die inzwischen verstorben sind, haben jedoch wenigstens einen Betrag
34 aus dem Soforthilfefonds erhalten. Dies zeige, wie wichtig die Schaffung dieser
35 Zwischenlösung gewesen sei.
36

37
38 **3. Vorgeprüfte Gesuche**

39 Der **Präsident** führt aus, dass bisher keine wirklichen Grenzfälle in der Bearbeitung der
40 verschiedenen Gesuche aufgetaucht seien. Für die heutige Sitzung hat der Fachbereich
41 insgesamt 115 Gesuche vorprüfen können. Im Vorfeld der Sitzung hätten keine der
42 Kommissionsmitglieder Fragen zu einzelnen dieser Gesuchen gehabt und auch heute
43 habe es keine Wortmeldungen dazu gegeben. Er weist darauf hin, dass der Zweck des
44 Versandes der Liste sei, dass die Cocosol die Möglichkeit bekomme, sich vorgängig zu
45 einzelnen Gesuchen zu äussern. Sollte jemand von den Mitgliedern Bedarf haben, ein
46 Gesuch einzusehen, bestehe die Möglichkeit, dies vor der nächsten Sitzung jeweils beim
47 BJ zu tun. Voraussichtlich bestehe dieser Bedarf vorwiegend bei negativ beurteilten
48 Gesuchen. Dies sei bisher ja nicht der Fall gewesen; die Gesuche, welche der
49 Fachbereich gutzuheissen beabsichtigt, seien klare Fälle gewesen.
50

51 Der **Präsident** berichtet in diesem Zusammenhang, dass ab und zu Anfragen von
52 Personen kommen würden, welche wissen möchten, ob sie Opfer im Sinne des
53 Gesetzes seien. Er macht ein Beispiel einer solchen Anfrage und versichert, dass solche
54 Grenzfälle, bei den die Sach- und Rechtslage überwiegend unklar seien und in denen
55 sich heikle Abgrenzungsfragen stellten, stets in der Cocosol besprochen werden würden,
56 falls die entsprechenden Gesuche dann später tatsächlich eingereicht würden.
57

1 **Urs Allemann** findet solche Grenzfälle interessant und möchte, dass diese gesammelt
2 und dann gemeinsam an einer Cocosol- Sitzung angeschaut werden.
3 Es folgt eine allgemeine, längere Diskussion über die verschiedenen Ausprägungen der
4 Opfereigenschaft und über die Abgrenzung.

5
6 **Elsbeth Aeschlimann** ist etwas erstaunt über die vergleichsweise erhöhte Anzahl der
7 Todesfälle. Der **Präsident** versichert, dass das BJ und die Cocosol alles daran setzen
8 werden, damit sämtliche Dossiers mit den Prioritäten „A“ und „K“, sowie diejenigen, bei
9 denen die Gesuchsteller bereits Soforthilfe erhalten haben, noch im Jahr 2018
10 ausbezahlt werden können. Auf der heutigen Liste sind ausschliesslich Gesuche von
11 sehr alten (90+) und/oder schwer kranken Gesuchstellern zu finden; dies erklärt die
12 relative Häufung der Todesfälle. Das wird bei künftigen Listen anders sein.

13
14 **Urs Allemann** macht sich dafür stark, die Gesuchsbearbeitung zu beschleunigen und
15 das Volumen der beurteilten Gesuche massiv zu steigern. Es gehe nicht, dass Betroffene
16 bis 2019 warten müssen, bis sie Geld bekommen können. Das vorhandene Personal
17 müsse aufgestockt werden.

18
19 Der **Präsident** weist auf das Gesetz hin. Dort sei ein klarer Zeitrahmen bzw. ein Termin
20 festgelegt, bis wann die Gesuche bearbeitet sein müssen. Die Gesuchsbearbeitung sei
21 keine Routine-Arbeit, bei der sich bei Bedarf wie in der Industrie Fließbänder einrichten
22 liessen. Hinter jedem Dossier stünde ein Einzelschicksal. Deshalb sei bei der
23 Dossierbearbeitung nicht bloss Tempo gefragt, sondern es sei auch wichtig, dass die
24 Dossiers mit der nötigen Sorgfalt, mit der nötigen Empathie und mit Respekt vor jedem
25 einzelnen Gesuch bzw. vor dem dahinter stehenden Opfer behandelt würden.

26
27 **Laetitia Bernard** bemerkt, dass sie bei den Opfern, mit denen sie Kontakt habe, meist
28 auf Verständnis stosse, wenn sie die Behandlungsprioritäten und die Reihenfolge bei der
29 Gesuchsbehandlung erkläre.

30
31 **Lisa Hilafu** ergänzt, dass oft sehr viele falsche Informationen zur Gesuchsbehandlung
32 zirkulierten. Die Kommunikation des Bundes sei hier in aller Regel klar und korrekt.
33 Dagegen stammten Falschmeldungen oder Gerüchte nach ihren Feststellungen nicht
34 selten von Betroffenen oder deren Organisationen.

35 36 37 **4. Überarbeitete Dokumente (positive / negative Verfügung)**

38 Der **Präsident** stellt die überarbeiteten Fassungen der beiden Verfügungen kurz vor.
39 Diese seien inzwischen massiv vereinfacht und adressatengerechter formuliert worden.
40 Damit hätten die an der letzten Sitzung geäusserten Anliegen der Cocosol berücksichtigt
41 werden können.

42
43 **Elsbeth Aeschlimann** findet eine Passage in der negativen Verfügung betreffend die
44 Glaubhaftmachung nicht optimal. Die Diskussionen münden in einer Neuformulierung der
45 Passage. Mit dieser Ergänzung werden die Texte der negativen und die positiven
46 Verfügungsentwürfe genehmigt, eine nochmalige Unterbreitung ist nicht mehr notwendig.
47 Im Übrigen wird die Arbeit von Iris Widmer von verschiedenen Mitgliedern verdankt.

48 49 50 **5. Gesuchsbearbeitung / Kontaktnahme mit den Gesuchstellern / Versand** 51 **Vorbescheid**

52 Der **Präsident** berichtet, dass die Erfahrungen aus den telefonischen Kontaktnahmen mit
53 den Opfern während der Gesuchsbearbeitung sehr gut seien. Die Gesuchsteller
54 schätzten es in aller Regel sehr, dass sie als Mensch und nicht bloss als eine
55 abzuarbeitende (Dossier-)Nummer wahrgenommen würden und dass man sich nach
56 ihrem Befinden erkundige und eventuelle Unklarheiten im Gespräch ausräume.
57 Der Versand der Vorbescheide für die an der heutigen Sitzung behandelten Gesuche
58 wird nun in den nächsten Tagen aufgenommen.

1
2 **Barbara Studer** berichtet von einer kürzlichen Erfahrung ihrer Angestellten mit einer
3 Klientin, die im Berner Staatsarchiv ausgerastet und wirklich handgreiflich geworden sei,
4 weil die Aktensuche nicht nach ihren Vorstellungen verlaufen sei. Solche Vorfälle
5 könnten sich häufen, wenn dann einmal die negativen Verfügungen versendet worden
6 seien.
7
8

9 **6. Weitere Anliegen der Cocosol aus der Sitzung vom 21. Juni 2017**

10 **Reto Brand** geht kurz auf Anliegen einzelner Cocosol-Mitglieder ein, über welche an der
11 letzten Sitzung diskutiert und die im letzten Protokoll festgehalten worden sind.
12 Lisa Hilafu hatte zum einen kostenpflichtige Auskünfte bei den Zivilstandsämtern im
13 Rahmen von Auskünften bei den Zwangsadoptionen moniert. Das BJ plant, hierzu eine
14 Weisung zu erlassen und diese den zuständigen Stellen zu kommunizieren. Es ist davon
15 auszugehen, dass dies so umgesetzt werden wird und dass keine weiteren Probleme zu
16 erwarten sind. Was die Homepage des Fachbereichs bzw. die Informationen zu den
17 Anlaufstellen betrifft, so erscheint diese genügend klar und ausführlich zu sein. Was die
18 Frage von Frau Aeschlimann betrifft, so sind die kantonalen Anlaufstellen bereit,
19 Hausbesuche bei Betroffenen zu machen, welche aus gesundheitlichen Gründen nicht
20 mehr mobil sind. Verschiedene Anlaufstellen machen dies bereits heute schon so.
21
22

23 **7. Medienanlass vom 6. Juli 2017**

24 Der **Präsident** berichtet über die Medienkonferenz und erachtet es als sehr wichtig, dass
25 auch Guido Fluri sowie Peter Gomm daran teilgenommen haben. Es sei kein isolierter,
26 einmaliger Anlass gewesen, sondern vielmehr ein Puzzleteil in der permanenten
27 Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Aufarbeitung der FSZM“. Bedauerlich sei gewesen,
28 dass im Nachgang an den Anlass grosse Diskussionen entfacht worden seien, die der
29 Sache insgesamt nur geschadet hätten. Wenn z.B. bestimmte Personen eine Anhebung
30 des Höchstbetrages forderten, so sei dies in politischer Hinsicht unrealistisch. Bei den
31 Betroffenen würden damit nur Hoffnungen geschürt, welche nicht umsetzbar seien.
32 Es werden verschiedene Reaktionen von Vereinen und Betroffenen diskutiert.
33
34

35 **8. Flyer: Stand der Arbeiten, Adressbeschaffung, Versand**

36 Der **Präsident** stellt den am Medienanlass angekündigten Flyer vor, welcher an
37 verschiedene Organisationen abgegeben werden soll, bei denen die Vermutung besteht,
38 dass sie in irgend einer Form heute Opfer betreuen, z.B. Alters- und Pflegeheime,
39 Hausärzte, Spitex, Pro Senectute etc. Die Flyer gingen nun bald in den Druck und dann
40 in den Versand.

41 Lisa Hilafu gibt zu bedenken, dass viele Betroffene aus allen Opfergruppen nicht wissen,
42 was unter dem Begriff „fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen
43 vor 1981“ bzw. „FSZM“ zu verstehen ist. Wenn in Aufrufen diese Begriffe verwendet
44 werden, fühlten sie sich deshalb auch nicht angesprochen. Deshalb sei es wichtig, stets
45 alle Opfergruppen aufzuführen, so wie dies im Flyer gemacht worden sei.
46
47

48 **9. Selbsthilfe-Projekte**

49 Der **Präsident** informiert kurz über zwei geplante Selbsthilfe- Projekte. Es würden
50 Vorgespräche mit den Gesuchstellenden stattfinden, um die Realisierungschancen zu
51 erörtern und die Gesuchseinreichung und -behandlung zu verbessern. Es sei im
52 Interesse aller Beteiligten, dass die Projekte auch längerfristig Bestand hätten. Dabei sei
53 es auch wichtig, dass die örtlichen Behörden mit den jeweiligen Projekten einverstanden
54 seien und diese unterstützen würden. Je breiter die Trägerschaft und Unterstützung sei,
55 umso erfolgreicher könne ein solches Projekt werden. **Reto Brand** ergänzt, dass bei
56 Selbsthilfe-Projekten auch das Subventionsgesetz beachtet werden müsse. Der
57 Fachbereich begleite die Gesuchstellenden aktiv; die Arbeiten erfolgten stets auf Mass.
58

1
2
3 **10. Informationen:**

4 Der **Präsident** berichtet über den Stand der freiwilligen Zuwendungen der Gemeinden.
5 Es gäbe zudem Zusagen oder zumindest Statements von verschiedenen Kantonen, bei
6 denen Leistung eines Beitrages entweder bereits beschlossen oder im zumindest im
7 Entscheidfindungsprozess auf Stufe Regierung oder Parlament sei.
8

9 Der **Präsident** berichtet weiter kurz vom Anlass des NFP 76 vom 9. August 2017. Die
10 Teilnahme der Betroffenen erachte er als sehr wichtig und die Beteiligung sei erfreulich
11 gewesen. Er habe den Anlass sehr interessant gefunden, da auch die Betroffenen
12 miteinbezogen worden seien. **Lisa Hilafu** bestätigt, dass die Rückmeldungen von den
13 Betroffenen positiv gewesen seien und dass dies für die Zukunft wichtig sei.

14 Der **Präsident** weist im Übrigen auf den Anlass UEK am 2. November hin, der als
15 Workshop ausgestaltet sein wird. Die UEK wird dann im Jahr 2018 voraussichtlich den
16 Schlussbericht abliefern.
17

18
19 **11. Planung 2018/Sitzungsdaten**

20
21 Der **Präsident** schlägt für das Jahr 2018 folgende vier Sitzungs-Daten vor:
22

- 23 • **Dienstag, 6. März von 10-16 Uhr**
- 24 • **Mittwoch, 23. Mai von 10-16 Uhr**
- 25 • **Dienstag, 28. August von 10-16 Uhr**
- 26 • **Dienstag, 20. November von 10-16 Uhr**
- 27 •

28 Die Anwesenden sind mit diesen Daten einverstanden, ebenso das für die heutige
29 Sitzung entschuldigte (und nachträglich angefragte) Mitglied Christian Raetz.
30
31

32 **12. Verschiedenes**

33 **Barbara Studer** informiert über die Lösung des Problems der Psychiatrie- Akten der
34 Klinik Waldau. Es laufe nun einwandfrei, und die Akten würden nun nach der Intervention
35 des BJ nun ohne Weiteres herausgegeben. Dies erleichtere die Arbeit der Archive sehr.
36 Der **Präsident** berichtet in diesem Zusammenhang noch kurz über die Akten der Tibet-
37 Kinder, bei welchen nun die Arbeiten liefen, damit die Akten dem Bundesarchiv in die
38 Obhut gegeben werden können. **Guido Fluri** stellt fest, dass sich auch im Bereich der
39 Archive und der Akteneinsicht in den letzten Jahren sehr viel getan habe und ein
40 Bewusstsein- und Gesinnungswandel stattgefunden habe.
41

42 Die nächste Sitzung findet am 17. Oktober 2017 von 10-16 Uhr, Sitzungszimmer 326
43 Ost, des BJ statt. Eine Einladung wird folgen.
44

45 Ende der Sitzung: ca. 15.00h
46